

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

**Erscheint**  
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postlage, Wort und Bild.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.  
Telegramm-Adresse: Zeitung.  
Fernsprecher 27



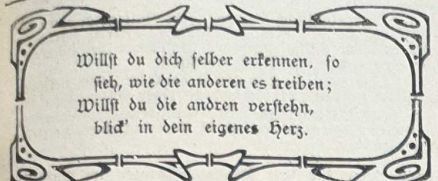
**Anzeigen**  
werden die sechsgelbte 8 mm hohe (Bett)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771.  
Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbelegen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 30.

Dienstag, den 10. März 1925.

18. Jahrgang.



## Die Arbeit des Reichstages.

Der Reichstag als solcher hat bei der Wahl des neuen Reichspräsidenten nicht mitzusprechen, das ist ausschließlich Volksangelegenheit, aber seine Mitglieder werden doch durch dies Ereignis sehr stark in Anspruch genommen, da die Kandidaten für die Präsidentschaft von den Parteien aufgestellt werden. Wichtiger wäre es, den Wählern die den Fraktionen geeignet erscheinenden Persönlichkeiten zu empfehlen, und dann sich jeder weiteren Erörterung zu enthalten, da das Recht der Berufung des Reichsoberhauptes doch nach der Berufung beim Volke liegt.

Aber nicht nur wegen dieses Rechtsstandpunktes sollte sich der Reichstag nicht mehr als erforderlich mit der Wahl des neuen Reichspräsidenten beschäftigen, er sollte auch an seine Arbeitstätigkeit denken, die im neuen Jahre ziemlich erheblich gelitten haben. Allerdings hat es lange genug gedauert, bis das Ministerium Lathur gebildet war, aber eben deshalb hätte man sich doppelt eifrig an die Arbeit machen sollen. Die Reichstagswahlen, die den Wählern als ein Akt von hervorragender politischer Wichtigkeit hingestellt wurden, und dies ja auch waren, haben am 7. Dezember, also vor einem Vierteljahr, stattgefunden, und es ist das Gesetz über die Abänderung der dritten Steuerordnung, das sogenannte Aufwertungs-gesetz, das schon vor den Wahlen in Arbeit war, ist im Reichstage noch nicht zur ersten Lesung gestellt worden. Auch die Steuerreform ist noch im weiten Stadium, ebenso vieles andere. Diese Verzögerungen liegen nun allerdings nicht allein am Reichstag, sondern mehr noch am Reichskabinett, aber der erstere hätte die Dinge energischer betreiben können, um wenigstens die Beratung in den Kommissionen beginnen zu lassen.

Die Notwendigkeit, die schon im vorigen Herbst in Aussicht gestellten Gesetzesentwürfe so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen, wurde um so mehr dadurch verstärkt, als umfangreiche Debatten über die Klärung der Kölner Zone, die Militärkontrolle und die Handelsverträge in Aussicht standen. Wie sehr alle Kreise des deutschen Volkes, Gewerbe und Industrie, Handel und Wandel, Kapitalisten und Private durch diese Steuerfragen interessiert sind, ist bekannt, und wenn auch nicht verlangt wird, daß diese wichtigen Angelegenheiten übers Knie gebrochen werden, so hätte doch alle Welt gern ein Anzeichen dafür gehabt, wie sie die Aufwertungsfrage geregelt werden soll. Die maßgebenden Herren haben augenscheinlich noch nicht die volle Erkenntnis dafür, in welcher bedrückten Lage sich wenige Berufskreise befinden.

Wenn wir eine genaue Aufstellung darüber vornehmen, wieviel praktische Arbeitstätigkeit der Reichstag seit Jahresfrist geleistet und wie viele Pläne er erhalten hat, so ergibt sich ein Resultat, das nicht gerade hoch erfreulich genannt werden kann. Es sei wiederholt, daß nicht der Volksvertretung allein die Schuld für alle Verzögerungen zugeschrieben werden kann, aber sie hatten sich vor Augen zu halten, daß die Reuehaben schon im Mai nicht zwecks stattgefunden hätten, sondern um ersprießliche Tätigkeit zu betreiben. Wir haben vor dem Krieg so viel über das Fortkommen und Verschumpfen im Wiener Reichsrat gesprochen und geschrieben, und es wäre nicht rühmlich, in dasselbe Fahrwasser zu geraten. Die Lösung des Volkes vor dem entscheidenden Parlament nimmt dabei sicherlich nicht zu.

## Der Fünfmächte-Pakt.

Die Pariser Besprechungen im französisch-englischen Licht. Wie der diplomatische Berichterstatter der halbamtlichen französischen Havasagentur über die englisch-französische Aussprache in Paris zu berichten weiß, hat der englische Außenminister Chamberlain aus der Abneigung Englands gegen das Genfer Schiedsgericht und Abwicklungsprotokoll keinen Hehl gemacht und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot zu verstehen gegeben, daß man eine weniger allgemeine Lösung der Sicherheitsfrage suchen müsse, die die Zustimmung des ganzen britischen Volkes finden könne.

Diese Lösung, so berichtet Havas, sehe Chamberlain in dem bekannten Pakt zwischen den fünf europäischen Mächten Deutschland, England, Frankreich, Italien und Belgien, einem Pakt, von dessen Inhalt der Völkerverbund Kenntnis nehmen und dem sich eventuell Deutschlands östliche Nachbarn, die Tschechoslowakei und Polen, anschließen könnten. Der englische Minister sei der Ansicht, daß der deutsche Paktvorschlag zu Fünftens eine annehmbare Verhandlungsbasis abgeben könnte.

Ueber die Haltung Herriots weiß Havas zu melden, daß es nicht den Anschein habe, als ob er sich kategorisch geäußert habe, dem zuzustimmen, jedoch habe er ernsthafte Einwendungen gemacht. Insbesondere habe er darauf hingewiesen, daß der deutsche Vorschlag nicht weit genug gehe und eine Gefahr für Polens Grenzen (1) enthalte. Frankreich werde nur in Übereinstimmung mit Warschau handeln.

## Deutschland soll erst dem Völkerverbund beitreten.

Weiter soll zwischen den beiden Staatsmännern Übereinstimmung darüber erzielt worden sein, daß, bevor man eine Verhandlung mit Deutschland anknüpfe, dieses seine Zulassung zum Völkerverbund nachsuchen müsse. Andererseits könne der Abschluß des Garantievertrages mit Deutschland in keiner Weise die Rechte, die die Alliierten aus dem Friedensvertrag herleiten, beeinträchtigen, insbesondere auch nicht die Herabsetzung der Besetzungsdauer der Rheinlande, die noch 10 Jahre dauern müsse, nach sich ziehen, noch könne irgend ein deutscher Vorstoß gegen die Art. 42 bis 44 des Versailles-Vertrages hinsichtlich der Entmilitarisierung des linken Rheinuferes erfolgen, ohne daß ein solches von England und von den anderen Alliierten als feindseliger Akt bezeichnet werde.

## Der englische Standpunkt.

Die Revision der deutschen Ostgrenze? Die englische Presse stellt übereinstimmend fest, daß nichts Greifbares und Endgültiges aus den Pariser Besprechungen hervorgegangen sei. In Londoner Regierungskreisen nimmt man kaum an, daß eine endgültige Entscheidung in der Sicherheitsfrage vor dem Sommer oder vielleicht auch vor Anfang Herbst erzielt werde.

Als das größte Hindernis für einen Sicherheitspakt unter Mitwirkung Deutschlands werden die französischen Einwendungen über die von Deutschland angeforderten Änderungen seiner Ostgrenze angesehen. Wie die „Times“ melden, verlangen die deutschen Vorschläge durchaus nicht eine sofortige Grenzberichtigung. Es soll vielmehr unter Anwendung des Artikels 19 des Friedensvertrages eine Verständigung erzielt werden. Die derzeitigen Grenzen seien viel zu künstlich und schon aus geopolitischen Ursachen nicht möglich.

Das angehehene Londoner Sonntagsblatt „Observer“ verteidigt ebenfalls die Auffassung, daß eine Änderung der jetzigen polnisch-deutschen Grenze unbedingt notwendig sei, da die Fortdauer der bestehenden Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze den Weltfrieden gefährden werde.

## Spiritskandal im Saargebiet.

Das Reich um viele Millionen geschädigt. Die Chronik der großen Finanzskandale der Nachkriegszeit wird um eine neue Wiesenhebung im Saargebiet bereichert, durch die das Reich abermals ganz empfindlichen Schaden erleidet.

Die Saarbrücker Landeszeitung berichtet, daß der schäbliche Spiritusenhändler Alphonse Schid es verstanden habe, die ganzen, vom Reich dem Saargebiet zugewiesenen Einfuhrkontingente von jährlich 12 000 Hektoliter reinen Alkoholdestillats an sich zu bringen, und daß er aus Weinschlempe und Spirit ein minderwertiges Erzeugnis herstellte und mit Urprüngzeugnissen der Deutschen Handelskammer in Saarbrücken, aufgrund deren er vom Reichsernährungsministerium die Genehmigung erhielt, in das Gebiet der deutschen Monopolverwaltung zollfrei einführte.

Durch diese Zollhinterziehung sei das Reich um Millionen Goldmark geschädigt worden. Schid soll es ferner verstanden haben, sich für seine, bei Einführung des neuen Branntweinsteuergesetzes lagernden circa 800 000 Liter reinen Alkohols der Nachbarn zu entziehen, wodurch dem Saargebiet circa 5 1/2 Millionen Franken Schaden entstanden seien.

Außer dem Franzosen Schid wird in den Ausführungen der Landeszeitung besonders schwer belastet der bisherige Syndikus der Deutschen Handelskammer, Dr. Schlenker, der als Vorsitzender des Ausschusses des schiedlichen Spirituskongressus unbedenklich in den Urprüngserzeugnissen die schiedlichen Fälschungen als reines Weindestillat beglaubigte, ferner der Regierungsrat Dr. Hofffeld von der Finanzabteilung, der Schid die zu seinem Betriebe nötigen Genehmigungen erteilte und die Nachbesserung erließ, und schließlich Geheimrat Brill, der für das Ressort der Regierungskommission verantwortlich ist, in dem sich die Dinge zugetragen haben.

## Schwere Anklagen gegen die Saarregierung.

Zum Schluß sagt die Landeszeitung: Wir wissen bestimmt und können es jederzeit belegen, daß auch Herr Hauck (der französische Präsident der Saarregierungscommission, D. Red.) Kenntnis wenigstens von einem Teile des Falles Schid gehabt hat. Wie fragen: „Was hat er getan, um den saarländischen Fiskus und die saarländischen Steuerzahler vor den durch seinen Landemann Schid verursachten Schädigungen zu wahren?“

Die Saarbrücker Landeszeitung will für ihre Angaben, besonders für die Beschuldigungen gegen den Präsidenten der Regierungskommission, Hauck, vor dem ordentlichen Richter jederzeit den Wahrheitsbeweis antreten.

## Barmats Einfluß.

Neue Zeugenaussagen im Untersuchungsanschuß. In dem preussischen Landtagsanschuß zur Untersuchung der Barmat- und Kattisaffären wurde am Montag der Staatssekretär v. Mollendorff vernommen, der 1919 Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium gewesen ist. Er berichtet darüber, wie eines Tages Barmat in Begleitung des sozialdemokratischen Abgeordneten Weiss bei dem Reichswirtschaftsminister Fritzsche erschienen sei, um eine Einfuhrerlaubnis für Textilien zu erhalten. Die zuständigen Staatssekretäre wandten sich aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen die Einfuhr von fertigen Textilien. Abg. Weiss drückte seine Verwunderung darüber aus, daß ein von einem holländischen Sozialdemokraten angebotenes Geschäft, das die Volkswirtschaft lindern sollte, an dem bürokratischen Widerstand der Staatssekretäre und Referenten scheitern könnte. Dieser Geschäftsantrag Barmats ist dann nach der Unterredung in den ordentlichen Geschäftsgang gekommen. Ob irgend etwas aus dem Antrag geworden ist, weiß der Zeuge nicht.

Der Ausschuß setzte dann die Vernehmung früherer Angestellter der Reichsfeststelle fort. Der Zeuge Regierungsrat Meyer mann erklärte auf Befragen, daß Barmat sich in einem sehr vertrauten Freundschaftsverhältnis zu dem damaligen Unterstaatssekretär Baake gestanden habe. Barmat habe auch des öfteren vor ihm mit seinen Beziehungen zu einflussreichen Sozialdemokraten renommirt. Ferner habe Barmat den politischen Jenior gepöbelt und mit Drohungen gearbeitet; andererseits habe er versucht, durch Einladungen zu Gesellschaften mit sozialdemokratischen Politikern auf Mitglieder der Reichsfeststelle einzuwirken. Der Einfluß Barmats habe sich außerdem auch auf das Auswärtige Amt erstreckt. Ende 1919 wurde ihm einmal im Beisein Heilmanns von Hermann Müller, dem damaligen Minister des Auswärtigen, die Einschätzung in vertrauliche Berichte gestattet, die ihn persönlich betrafen.

## Der Eisenbahnerstreik.

Keine weitere Ausdehnung der Streikbewegung. Trotz des ergebnislosen Abbruchs der Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der Reichsbahngesellschaft und den Organisationen der Eisenbahnarbeiter ist keine merkliche Verschärfung der Streikbewegung eingetreten.

Die große Masse der Eisenbahnarbeiter — insgesamt sind bei der Reichsbahn 430 000 Arbeiter beschäftigt — verhält sich abwartend. Es haben in verschiedenen Direktionsbezirken Versammlungen der Ge-

# Handelsteil.

Berlin, den 9. März 1926.

Der Devisenmarkt konnte sich der Pariser Frank-... Am Devisenmarkt konnte sich der Pariser Frank...

# Warenmärkte.

Getreide (Anteil) Getreide und Desfaaten per... Roggen 250-256. Roggen Märk. 245-248. Som...

# Lokales.

Gedenktafel für den 12. März.

1865 Eduard von der Wiener Universität - 1807 \* Der... 1809 \* Der Schriftsteller Mich. Stowromet in Schuten...

Eine neue Periode der Borgwirtschaft hat, wie... in verschiedenen amtlichen Berichten mitgeteilt, ein-

Hilfsförderung. Herr Hilfsförderer Schuchardt... wurde zum Staatsförderer ernannt. Wir gratulieren.

Der Sommerfahrplan der deutschen Eisen-... bahnen, der in der Vorwoche regelmäßig am 1. Mai...

Niederbun, ebach. Einen schweren Unfall erlitt... am Sonntag Abend der hiesige Buchbinder G. D. Als er...

Waldfappel. Zu Ehren der im Felde gefallenen... Krieger fand ein feierlicher Gottesdienst statt. Die ver-

Mendorf a. W. Sonntag nachmittag wurde von... Wasser den der neuen BARRABRÜCKE aus an den Eis-

Cassel. Die bereits bestehende Autolinie Cassel-Ulfslag... soll, etwa am 16. März bis Esherode (Hilgenhütte) und...

# Scherz und Ernst.

Als Schatz der Pflanzen gegen Tierfraß steht... man vor allem auch gewisse Stoffe an. Ein inter-

Die Verbrennungswärme spielt bei unseren... Heizvorrichtungen eine große Rolle. Bei der Ver-

# Aus Stadt und Land.

Wieder ein Eifersuchtsdrama. Das nördliche... Berlin ist der Schauplatz eines Eifersuchtsdramas...

Neuer Fünfzigpfennigstücke. Ein Straßen-... bahnschaffner in Berlin besaß noch Muminium-Fünf-

Vor der Aufklärung des Berliner Frauen-... mordes. Den Bemühungen der Kriminalpolizei scheint...

Winkler'scher Versuch der Hygienemesse. Die... Allgemeine Deutsche Hygienemesse und -Ausstellung...

Schwerer Unfall eines Motorraders. Auf der... Chaussee Berlin-Kaulsdorf, kurz vor Biesdorf,

überholen, kam aber auf der schlüpfrigen Straße ins... Rollen und sauste gegen ein entgegenkommendes...

Der Telephonverkehr im Eisenbahnzug. Die... seit mehreren Monaten auf der Strecke Hamburg-

Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen 4. Im... Weissen Hof bei Dresden ist Prinz Friedrich Wilhelm...

Urteil gegen einen Mörder. Der berichtigte... Separatführer Helrich aus Mischweiler, der im...

Weitere Geschäftsbelegung auf der Leipziger... Messe. Der Verkehr auf der Messe hat weiter zu-

Todesstrafe für einen Muttermörder. Das... Schürgericht in Harburg verurteilte einen 22-jäh-

7000 Mark Lohngelder geraubt. In Bat-... nang in Württemberg wurde am Tage der 16-jäh-

Eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben. In... einem Bort von Augsburg (Bayern) wurde im...

Ein Opfer der Unvorsichtigkeit. In Memel... war eine Militärwache von Privatpersonen zu Hilfe...

Ablatz eines Flugzeuges. In der Provinz... Dalarna in Schweden zerbrach ein Militärflugzeug...

Die rheinisch-vestfälische Gesundheits-... lung ist in Eisen in den Räumen des Städt.

Streif der Brauereiarbeiter in München. Die... Brauereien in München haben diejenigen Brauerei-

Ein französischer Deserteur vor dem Kriegs-... gericht. Gegen den ehemaligen französischen Haupt-

wurden vor dem Kriegsgericht in Orleans verhandelt werden. Für den Prozeß sind 10 Tage vorgesehen.

**Zwei Dampfer gesunken.** Bei Doel van Holland ist der 7000 Tonnen große Frachtdampfer „Seralata“ des Rotterdamer Lloyd an derselben Stelle gesunken, wo im Jahre 1907 der Dampfer „Schelde“ ist bei dem Versuch, das Schleppboot Hilfe zu kommen, ebenfalls auf Grund geraten. Da ein starker Nordwestwind (Stärke 7) herrscht, das Meer sehr aufgewühlt ist und eine sehr starke Brandung herrscht, wird für das Leben von 17 holländischen Seeleuten gefürchtet.

**Unterhaltungen überall.** Bei der Gelderischen Kreditvereinigung zu Weidooen hat sich ein Kassenfehlertrag von 60 000 Gulden herausgestellt. In Zusammenhang hiermit sind der Kassierer und ein anderer Angehelliger verhaftet worden.

**Brand einer Schokoladenfabrik.** Aus noch unbekannter Ursache entstand in dem Werke der R. J. Kafas- und Schokoladenfabriken früher Gebrüder D. M. Brootes zu Westaan ein Brand, dem fast die gesamten ausgedehnten Gebäude zum Opfer fielen. U. a. sind viele tausend Kilo Kakao, die zum Export auslagen, sowie 10 000 Kilo Kakaoabutter verbrannt. Durch den Brand, dessen gewaltigen Feuerschein man weithin sehen konnte, sind 140 Arbeiter drossel geworden.

**Ein Munitionslager in die Luft geflogen.** In Langemarck (in Westflandern) ist ein Lager von Granaten in die Luft geflogen. Zwei in der Nähe befindliche Arbeiter waren auf der Stelle tot, zwei andere trugen schwere Verletzungen davon.

**Bergarbeiterstreik in Schottland.** In Neu-Scotland ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, an dem 12 000 Arbeiter teilnehmen. Bisher haben sich keine Anzeichen für Zugeständnisse einer der beiden Parteien gezeigt. Der Direktor der am meisten betroffenen englischen Bergwerksgesellschaft hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er darlegt, daß der Streik ein für allemal durchgepfählt werden müsse.

**Beschlagnahme eines Möbeltransportes.** Vor einigen Tagen wurde bei einem Syndikus in Wien eine große Menge wertvoller Möbel, Bilder und anderer Wertgegenstände beschlagnahmt, die dem Generaldirektor der Wollensdorfer Werke, Neuhofen, gehören und dort unter einem Decknamen aus München eingelagert wurden. Die Beschlagnahme erfolgte, da es sich anscheinend um eine beachtliche Verschleppung dieser Güter handelt.

**Zwei Arbeiter in die Tiefe gerissen.** In Rom ereignete sich beim Legen von Gasröhren ein Unglücksfall. In der Arbeitsgrube öffnete sich plötzlich ein Erdloch, in das zwei Arbeiter hinabgerissen wurden. Der eine wurde schwer verletzt geborgen, der andere ist durch Erfrieren ums Leben gekommen. Vor einigen Tagen verunglückten zwei Arbeiter aus gleicher Ursache.

**Abbruch einer ganzen Stadt.** Der amerikanische Bundesrichter hat angeordnet, daß die im Staate Wyoming gelegene Stadt Labov, die 1500 Einwohner zählt, innerhalb 60 Tagen ihre Häuser abbrechen solle, damit eine Delgesellschaft, die das Land, auf dem die Stadt erbaut ist, gepachtet hat, von ihren Rechten Besitz ergreifen kann. Auch die öffentlichen Gebäude und Geschäftsbauwerke sollen verlegt werden. Labov ist eine Bergwerksgesellschaft, die seit ihrer Gründung im Jahre 1920 schnell aufgeblüht ist und deren Häuser so leicht gebaut sind, daß sie schnell abgerissen werden können.

**Ueberfall auf einen Transport.** Ein Transport der Eastern-Transportgesellschaft von Bagdad nach Beirut wurde, etwa 100 Meilen vom Subrat entfernt, angegriffen. Die Gattin des französischen Konsuls in Bagdad wurde durch Schüsse verwundet und starb später an den Verletzungen. Das Gepäc wurde von den Rebellen, die entkommen, geplündert. Der andere Kraftwagen des Transportes erreichte Palmyra, von wo durch die Gesellschaft Hilfsanagen entsandt wurden. Die britische Behörde hat Flugzeuge und Panzerwagen abgeleitet, um der Räuber, deren Zahl vier betrug, habhaft zu werden.

**Zusammenstoß über der Erde.** Im Staate Texas (Amerika) stießen zwei Militärflugzeuge in einer Höhe von 4000 Fuß zusammen. Die Apparate, die fest zusammenhängen, flürzten brennend zur Erde, aber beide Piloten sprangen mit Fallschirmen ab und lamen ohne Schaden auf dem Erdboden an.

**Kleine Nachrichten.**  
 \* Der Streik bei der Meierei Wolke in Berlin ist beendet.  
 \* Im Gefängnis Nummelsburg (Bommern) schlug ein Gefangener einen Ausschichtsbeamten nieder und flüchtete mit einem zweiten Gefangenen.  
 \* Der Dom der St. Pauls-Kathedrale in London ist wegen Einsturzgefahr für die Öffentlichkeit geschlossen worden.  
 \* Auf sämtlichen griechischen Eisenbahnen ist der Generalstreik ausgebrochen.  
 \* Der 7800 Meter hohe Aconcagua in den Anden in Südamerika ist in diesen Tagen zum erstenmale von einem englischen Ingenieur bestiegen worden.

**Sport und Verkehr.**

**Das Berliner Schötagerennen.** Bei einer von Tieg eingeleiteten Jagd verloren Lorenz-Golle die erste Runde, Schrage-Kuhfow eine weitere, Häppler-Schrefel und Stellbrink-Zedmer zwei weitere Runden. Im weiteren Verlauf des Rennens erhielten Straußen von Kempner-Bauer, Debets-Thollembach, Coburn-Madden, Winger-Gottfried, Weber-Krupkat, Lorenz-Golle. Die Paare Häppler-Schrefel, Schrage-Kuhfow und Stolz-Wehrndt werden nach weiterem Mundenverlust aus dem Rennen gezogen. Der Stand des Rennens ist folgender: Person-Besolden 93 Punkte, Bahn-Tieg 66 Punkte. Eine Runde zurück von Kempner-Bauer 110 Punkte, Düberr-Donani 82 Punkte, von Nel-Sabow 62 Punkte, Debets-Thollembach 40 Punkte, Coburn-Madden 27 Punkte. Zwei Runden zurück: Lorenz-Golle 51 Punkte, Weber-Krupkat 27 Punkte. Drei Runden zurück: Münzner-Gottfried 32 Punkte, und vier Runden zurück Stellbrink-Zedmer 24 Punkte.

**Auswanderung.**

Man kann es keinen verübeln, daß er den Existenzkampf unter möglichst günstigen Verhältnissen führen will; was man aber so vielen verübeln muß, ist die Unüberlegtheit, mit der sie ihre Entschlüsse fassen. Und die Auswanderung ist schon darum ein so schwerwiegender Entschluß, weil der einmal getane Schritt meist nicht wieder rückgängig zu machen ist. Wer drüben ist, muß drüben bleiben. Hat er aber noch die Mittel zur Rückfahrt und landet enttäuscht wieder auf heimlicher Erde, so muß er sich für die vielleicht leichtfertig aufgegebenen Existenz wieder eine neue gründen.

Wer sich mit Auswanderungsgedanken trägt, werde sich vor allen Dingen erst darüber klar, was er im fremden Lande anfangen will, ob er mit seinen Kenntnissen und seinem Können drüben Eimerbauseuchten hat. Günstig werden diese wohl in keinem Falle sein. Die hier allgemein beklagte Ueberfüllung der Berufe herrscht anderswo auch, und womöglich in noch schlimmeren Grade. Daß der Fremde, dem die Landessprache und die Landesitten unbekannt sind, da nicht mit kann, liegt auf der Hand. Er muß also angreifen, was sich ihm bietet, das geht aber auch nicht so schnell, denn erst soll sich ihm etwas bieten. Und daß er im fremden Lande billiger lebt, daß er mit seinem verdienten Gelde weiterkommt als hier, ist auch ein Irrtum, den er bald einsehen wird. Und wenn er geglaubt hat, daß er drüben nicht nur zur Wohlhabenheit gelangen, sondern auch ein freier Mann sein wird, so dürfte er sehr erkaunen, was man in der Welt alles unter „Freiheit“ versteht. Es könnte ja manchem nicht schaden, wenn er diese Erfahrungen sammelte, aber er muß sie zu teuer bezahlen; das traurige Schicksal vieler Auswanderer kann einem nur Mitleid einflößen.

Drum auch in schweren Zeiten ausgehalten und der heimlichen Scholle! Was in der ferne Welt ist meistens nicht das Glück, sondern ein Leugner!



Hotel National in Berlin, das Heim der Verwaltung des Völkerbundes

**Reichstag und Aufwertung.**

— Berlin, den 7. März 1925.

**Eine Erklärung des Reichsfinanzministers.**  
 Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der letzten Sitzung des Haushaltsplans, und zwar beim Reichsverkehrsministerium. Auf Antrag des Abg. Keil (Soz.) wurde jedoch mit 140 gegen 135 Stimmen beschließen, zuerst die Aufwertungsfrage zu behandeln. Die Beratung gestellt wird also der demokratische Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes, der gemäß der von der Reichsregierung in der Vollziehung am 5. Februar 1925 abgegebenen Erklärung spätestens binnen drei Wochen vorliegen sollte, mehr unverzüglich den eingehenden Körperschaften zu überlegen. Verbunden wird damit ein Antrag Müller-Kretzschmar (Soz.), die dritte Steuernotverordnung mit dem 31. März d. J. aufzuheben.

Abg. Frz. v. Nisthosen (Dem.) betonte die Notwendigkeit, in der Aufwertungsfrage endlich Beschlüsse zu schaffen und zu einer Entscheidung zu kommen. Er habe die Regierung ihre Aufgabe nicht gehalten. Das Volk verlange vom Reichstag, daß die Parteien ihre Verpflichtungen halten, die sie im Wahlkampf gegeben hätten.

Abg. Keil (Soz.) begründete seinen Antrag und stellte fest, daß er eine Wiederholung des ursprünglichen deutschen nationalen Antrages sei. Der Redner verlangte sofortige Aufhebung der dritten Steuernotverordnung.

**Reichsfinanzminister Dr. Frenken** gab die Erklärung aus, daß die Reichsregierung außerordentlich bedauere, daß sie ihre Aufgabe, das Aufwertungsproblem innerhalb drei Wochen vorzuliegen, nicht habe einhalten können. Die Aufstellung des Entwurfs sei aber mit allem Nachdruck gefördert worden und inzwischen im wesentlichen abgeschlossen. Bei der ungewöhnlich großen wirtschaftlichen und rechtspolitischen Bedeutung hatte sich die Regierung aber für verpflichtet, den Gesetzentwurf erst vorzulegen, nachdem sie die Gewissheit habe, daß er in seinen Grundzügen eine Mehrheit im Reichstage hinter sich habe. Diese Gewissheit konnte bisher nicht in dem nötigen Umfang gewonnen werden. Die Bemühungen nach dieser Richtung würden ununterbrochen fortgesetzt, jedoch damit zu rechnen sei, daß die Vorlegung nunmehr bald die erforderlichen Erfolge bringe. Zu dem sozialdemokratischen Antrag erklärte die Regierung nur pflichtgemäß, daß die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung in einem Chaos auf dem Gebiet der Reichsfinanzen und der Wirtschaft führen müsse, für das sie die Verantwortung nicht übernehmen könne.

In der Aussprache sprechen die Abg. Herst (Dill.), Schöter (Ztr.) und Wunderlich (D. Vp.) ihr Bedauern darüber aus, daß die Reichsregierung die Frist nicht einhalten konnte und forderten beschleunigte Vorlegung des Aufwertungsgesetzes. Sämtliche drei Redner sprachen sich gegen die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung aus. Abg. Dr. Kärstner (Wirtsch. Vp.) vermittelte von der Regierung eine präzise Angabe über die Einbringung des Aufwertungsgesetzes.

Abg. Dr. Guminger (Bayer. Vp.) stimmte dem demokratischen Antrag zu. Hunderttausende und Millionen Rentner und Sparers seien in der Aufwertungsfrage aus schwerer Enttäuschung worden.

Hierauf wurde der demokratische Antrag auf unverzügliche Vorlegung des Aufwertungsgesetzes einstimmig angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der 3. Steuernotverordnung wurde dem Ausschuss überwiesen. Das Haus vertagt sich dann auf Montag.

Die Herren Bürgermeister und Landräger wollen Ueberretungen unmaßstäblich zur Anzeige bringen.

Melungen, den 1. März 1925.  
 Der Landrat J. V. Hauptenthal.

**Förderung des Sparens.**

Jedes Kind, das in Spangenberg geboren wird, erhält von der Stadt ein Geschenk in Gestalt eines Sparbuches über 5 R.-M. Dieser Betrag soll den Grundstock eines Guthabens bei der Sparkasse bilden. Es ist Pflicht der Eltern usw., zugunsten des Kindes weitere Geldbeträge auf das Buch einzulegen. Schon Beträge von 1.— R.-M. werden angenommen. Das Kind wird es den Eltern einst danken, daß sie in solcher Weise für es gesorgt haben.  
 Spangenberg, den 28. Februar 1925.

Städtische Sparkasse, Schier, Bürgermeister.

**Öffentliche Sitzung**

der Stadtverordneten-Versammlung, **Donnerstag 12. 8. abends 9 Uhr** im Sitzungszimmer des Rathauses

- Tagesordnung:
1. Erhöhung des Verlags zu Abteilung VIII c. der Ausgabe des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924 — Fortbildungsschule —
  2. Abhörnung der Rechnung der städtischen Sparkasse für das Jahr 1923
  3. Beitrag zur Wärrereibefolung
  4. Ankauf eines Hauses für städtische Zwecke.
  5. Grunderwerb zum neuen Stück des Landweges Landfeld-Mörshausen.
  6. Befragung sonstiger Angelegenheiten.
- Spangenberg, den 10. März 1925.  
 Lappe  
 Stadtverordnetenvorsteher.

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pfarrer Niebeling für seine tröstenden Worte.  
 Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie August Gräbe.**  
 Kaltenbach, den 8. März 1925.

**Verein für Kurzschrift „Stolze Schrey“**  
 Mittwoch, den 11. März 1925 abends 8 Uhr  
**Monatsversammlung**  
 Erscheinen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Donnerstag früh  
**frische Fische**  
**la. Räucherwaren**  
**Richard Mohr**

**Gesichts-Gausschlag**  
 Pflast, Miltzer.  
 Wästen verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schäumen von Fisher's Patent-Waschmittel (4 Stk. 60 Pf., 10 Stk. 1.—, 20 Stk. 1.50 und 40 Stk. 2.50) in warmes Wasser eintrüben läßt. Schäumen erst morgens abwaschen und mit Quasch-Creme 4 Stk. 65 u. 90 Pf. nachtrüben. Wohlthätige Wirkung, von Quaschen befreit. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Friseurgeschäften erhältlich.  
**Apotheke Spangenberg.**

**Verloren! Junger Kaufmann**  
 Damenuhr mit Armband, sucht möbliertes Zimmer. Der ehrliche Finder wird um Abgabe in der Geschäftsstelle gebeten.  
 Angebots unter Nr. 73 an die Expedition d. Bl.

**Salz in Säcken**  
 billigst  
**Richard Mohr.**  
 Schulz der Weiden.  
 Ich mache auf die Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 10. Mai 1924 (Amtsblatt Seite 126) aufmerksam nach der die Weiden geschützt sind. Beschädigungen der Weide, Abreißen der Röhren usw. ist verboten.

**Gemischter Chor**  
 „Liebeskränzchen“  
 Donnerstag abend 49 Uhr  
**Gesangsstunde**  
 Der Vorstand.

V 955